

EIDGENÖSSISCHE WAHLEN 2015

Pascale Bruderer Wyss wieder in den Ständerat!

Diesen Herbst besuchte ich eine Ausstellung in Bern: das Lebenswerk von Schang Hutter, der 80-jährig immer noch aktiv ist. Figuren und Figurengruppen mit dünnen Knochen, spitzen Nasen und langen Fingern. Skulpturen von hohem Wiedererkennungswert, die angesichts der heutigen Weltlage immer noch hochaktuell sind.

Hutter macht mit seiner Kunst auf politische Themen aufmerksam. In Erinnerung ist noch seine Skulptur «Schoah», die er 1998 im Zusammenhang mit den nachrichtenlosen Vermögen geschaffen hat und damit für rote Köpfe sorgte. Im Spalt des tonnenschweren Kubus liegt eine verhärmte Figur, stellvertretend für alle Opfer des Nationalsozialismus.

Für Schang Hutter war immer wichtig, Empfindungen sichtbar zu machen, auch politische: Er wollte sich um Geschehnisse kümmern, sich einmischen und sich äussern, um dann mit seinem Handwerk und seiner Kunst ausdrücken zu können, was ihn beschäftigt. Hutters ewiges Thema, «die Zerbrechlichkeit des Menschen», hat mich einmal mehr berührt.

Aber was hat mein Museumsbesuch mit der Kandidatur von Pascale Bruderer Wyss zu tun? Auch der Solothurner Schang Hutter kandidierte 1991 für den Ständerat. Als Künstler, dessen Namen durch schweigende und starre Figuren bekannt war, wagte er sich auf politisches Terrain. Schang Hutters Kandidatur 1991 – Pascale Bruderers Wiederkandidatur 2015: Ich sehe Parallelen: Auch Pascale Bruderer ist eine «Handwerkerin», die sich leidenschaftlich für das



Menschliche einsetzt. Auch Pascale Bruderer kümmert sich, mischt sich ein und nimmt Stellung. In den ständerätlichen Kommissionen Soziale Sicherheit und Gesundheit; Umwelt, Raumplanung und Energie und der Staatspolitischen Kommission kommen ihre Grundwerte zum Ausdruck. Sie ist eine viel beachtete Politikerin, auf die man hört und die etwas zu sagen hat. Ihre Vorstösse zeigen, wie wichtig es ihr ist, sich auch für sozialdemokratische Werte einzusetzen. Sie will mehr wissen über die Beschäftigung für Menschen von mehr als 50 Jahren, über die Restfinanzierung bei ausserkantonalen Pflegeheimaufenthalten oder über das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum AKW Mühleberg.

Ihr Engagement geht aber über die parlamentarische Arbeit hinaus. Sie ist bestens vernetzt, sei es als Präsidentin vom Verein Cleantech Aargau und der Dachorganisation «Integration Handicap»,

oder als Stiftungsrätin der Stiftung Krebsregister Aargau. Und dann ist Pascale Bruderer natürlich auch eine öffentliche Person mit einer hohen Akzeptanz. Wer kennt sie nicht als Jury-Präsidentin des Prix Courage oder des NAB Award, der kürzlich die Aargauerin des Jahres gekürt hat.

Liebe Pascale, gemeinsam schaffen wir es, dass Du im ersten Wahlgang wieder gewählt wirst! Und dass Du für weitere vier Jahre als unsere Ständevertreterin in Bern dein Engagement für eine soziale und solidarische Schweiz fortsetzen kannst.

«Dem Menschlichen und der Verletzlichkeit Raum geben» – danke, Pascale, für deine grossartige Arbeit.



Elisabeth Burgener von Gipf-Oberfrick ist Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Kanton Aargau.

EDITORIAL

Was war und was wird

Im auslaufenden Jahr 2014 haben wir viel Wechsel erlebt: ein neues Präsidium, drei neue Geschäftsleitungsmitglieder, neue Grossräte und neue Mandatsträger_innen in den Gemeinden. All diese «Neuen» bringen Impulse, Ideen und Schwung in unsere Partei.

Präsidium, GL und Parteisekretariat spielen die massgeblichen Rollen im Alltagsgeschäft und in den kurz- und mittelfristigen Aufgaben der Kantonalpartei. So zogen wir uns anfangs November in eine Klausur zurück, um die Strategien für eine neue Teamarbeit mit den drei neuen GL-Mitgliedern Jonas Hasenfratz, Gabriela Suter und Peter Koller zusammenzutragen und um das kommende Jahr zu planen. Von Gabriela und Peter könnt ihr auf Seite 12 mehr über die Klausur lesen.

Eine Neuerung sind die Tagungen für die Kommunalpolitiker_innen, die wir getrost als gelungen betrachten dürfen. Viele positive Rückmeldungen, sowohl in Bezug auf Inhalte wie auch die Gelegenheit zur Vernetzung, haben uns dies gezeigt. Wir freuen uns darüber, danke.

Ein intensives Jahr steht uns bevor, einige SP-interne Projekte, die Wahlen in den National- und Ständerat, die mit dem Nominationsparteitag am 10. Januar eingeläutet werden, die Abstimmung über die Erbschaftssteuer im Juni und natürlich und zuerst das Referendum gegen das Abbaupaket der bürgerlichen Regierungs- und Grossrät_innen. Wir freuen uns, diese Herausforderungen zusammen mit allen Mitgliedern der SP Kanton Aargau anzugehen. Das Jahr 2015 kann kommen.

Brigitte Ramseier von Rheinfelden ist politische Sekretärin der SP Kanton Aargau.

KOMMENTAR

Wir sind doch nicht blöd!

Stell dir vor, der Kassierer im Media Markt macht dir ein Angebot: Den neuen LCD-Flachbildfernseher, den du eben zu Weihnachten kaufen wolltest, würde er durch ein altes Schwarz-Weiss-Röhren-Modell ersetzen und dir dafür einen höheren Preis verrechnen. Das müsse eben sein, weil Media Markt der Kundin an Kasse 2 gerade einen neuen Laptop gratis geschenkt habe. Und darum dachte sich die Firma, du könntest ihren Verlust ja ausgleichen.

Die Geschichte wäre absurd, würde nicht genau das dieser Tage im Kanton Aargau passieren. Tatsächlich hat die bürgerliche Mehrheit in Regierung und Kanton sich selber und der eigenen Klientel seit Jahren immer wieder fette Weihnachtsgeschenke gemacht: Senkung der Dividendensteuer um 60 Prozent, Senkung der Gewinnsteuer auf 70 Prozent, Halbierung der Kapitalsteuer, Abschaffung der Mindestbesteuerung auf Grundstücke... und so weiter. Jetzt steht der Kanton vor einem finanziellen Desaster. Und der «Lösungsvorschlag» der bürgerlichen Seite hat es in sich: Das Steuerloch stopfen soll die breite Bevölkerung. Zuerst mit einem Leistungsverzicht bei Bildung, Familien, Kultur, Gesundheit und Umwelt von bis zu 120 Millionen jährlich. Und dann sollen wir ab 2018 für weniger Leistung auch noch mehr Steuern zahlen. Da fragt man sich – um beim Media Markt zu bleiben – aber wirklich: Will man uns in Aarau eigentlich für blöd verkaufen? Die SP Aargau sagt laut und deutlich: So nicht – Wir sind doch nicht blöd!

Weiteres zum Leistungsabbau und zur anstehenden Referendumsabstimmung am 8. März 2015 findet ihr unter www.aargaufueralle.ch

Cédric Wermuth von Baden ist SP-Nationalrat und Co-Präsident der SP Kanton Aargau.



ABBAUPAKET «LEISTUNGSANALYSE» UND KANTONSBUDGET 2015

Das grosse Schweigen

Die bürgerliche Mehrheit in unserem Kantonsparlament ist daran, ihren neoliberalen Traum wahr zu machen. Der Aargau wird definitiv zum Discount-Kanton: effizient und billig, aber an Qualität ist nicht zu denken – und die Bevölkerung bleibt auf der Strecke.

Während dieser Bericht geschrieben wird, ist die Spardebatte im Grossen Rat noch voll im Gang. Zugegeben, es gibt nicht nur Negatives zu vermelden: Die grössten Abbaupläne wurden von einer – offenbar doch noch existierenden – Links-Mitte-Koalition durchkreuzt. So wird bei der Einschulungsklasse, bei der Stundenausstattung der Oberstufen-Freifächer und beim logopädischen Angebot nicht so massiv zusammengestrichen, wie es die Bürgerlichen gewünscht hätten. Dies auch, weil die zuständige Kommission mit dem Präsidenten Thomas Leitch gut vorberaten hatte.

Im Grundsatz muss aber bereits vor Ende der Monsterdebatte konstatiert werden: Der Budget-Kahlschlag ist gelungen: Bildung, Gesundheit, Sozialwesen, Kultur und Natur in unserem Kanton leiden. Nicht, weil dies wirklich nötig wäre. Aber hätte man nicht in den letzten Jahren wiederholt Steuersenkungen für die Gutverdienenden durchgesetzt, hätte man jetzt die Mittel für die wichtigen staatlichen Leistungen. Das Sparpaket ist ein ideologisches Projekt der Bürgerlichen, die immer noch dem überholten Slogan «Weniger Staat» nachhängen. Sie setzen dieses Projekt um, einfach weil sie es können.

Leider ist es uns nicht gelungen, dies den Leuten klar zu machen – vor allem denen, die

unter den Sparmassnahmen direkt zu leiden haben werden. Das war aber auch schwierig. Denn allein schon die Masse von 193 Massnahmen ist erdrückend. Wo Prioritäten setzen, ohne etwas zu vernachlässigen? Und das Paket spielte Interessengruppen gegeneinander aus. Nach dem Motto: Wenn wir bei euch nicht sparen, bei wem dann...?

Zudem haben die Bürgerlichen selbst zu ihrem Abbaupaket geschwiegen. Das ist das Em-

Empörend ist, dass die Bürgerlichen zu ihrem Abbaupaket geschwiegen haben.

porrendste. Die Macher des Sparpakets fanden es nicht für nötig, ihre Massnahmen zu erklären. Während dreier Tage diskutierten sie keine Sekunde über Inhalte, über Ziele, über Wirkungen, oder darüber, was wir im Aargau für die Menschen tun wollen. Es ging nur darum, wie viel etwas kostet. Und was kostet, wurde gestrichen. So tief ist unser Kanton gesunken. Und so weit hat sich die bürgerliche Politik vom Volk entfernt, ohne dass dieses es merkt – oder es merken will?

Wie geht es weiter? Kurzfristig: Wir werden am 8. März über einen Teil der Sparmassnahmen – leider nicht den grössten – abstimmen können, zum Beispiel über das abgeschaffte Berufswahljahr, den eingeschränkten Bildungsauftrag des Naturama, die verminderten Ergänzungsleistungen oder das reduzierte Naturschutzprogramm Wald. Da gilt es, die Menschen noch einmal zu aktivieren – und ihnen aufzuzeigen, was die Sparmassnahmen bewirken und wie ungerecht sie sind. Langfristig: In zwei Jahren sind kantonale Wahlen. Wir müssen den jetzt Empörten klar machen, dass sich nur etwas ändert, wenn sie bewusst wählen. Die SP muss im Parlament stärker vertreten sein. Sonst wird die bürgerliche Sparhysterie weitergehen wie bisher.

Daniel Desborough © Kanton Aargau



Hier sitzen die schweigenden Täter_innen.

Dieter Egli von Windisch ist Co-Präsident der SP-Grossratsfraktion und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau.



RUHESTANDSREGELUNG FÜR DIE AARGAUER REGIERUNG

Weniger Rente – auch für Regierungsräte

Der Regierungsrat muss, entgegen seinem Willen, das heutige Ruhestandsdekret abändern. Künftige Regierungsrätinnen und Regierungsräte erhalten kleinere Renten.

Anfang November 2014 hat der Grosse Rat, dank der Unterstützung der SP-Fraktion, einen SVP-Vorstoss überwiesen, der als SP-Vorstoss vor acht Jahren nicht den Hauch einer Chance hatte. SVP-Grossrat Wolfgang Schibler hat jetzt genau das erreicht, was SP-Grossrätin Katharina Kerr schon 2006 wollte. Der Vorstoss von links wurde damals mit 77:36 abgelehnt, derjenige von rechts jetzt mit 76:49 überwiesen.

Seit 1975 zahlt ein Regierungsmitglied 6 Prozent Beiträge, kann mit 60 in Pension gehen und erhält nach dem Ausscheiden aus dem Amt ein volles oder anteilmässiges «Ruhegehalt» von 50 Prozent der Jahresgrundbesoldung plus Teuerung. Das ist garantiert, und es gilt, anders als für das Staatspersonal, das Leistungsprimat!

Schon 2006 war die SP der Meinung, dass es für Regierungsräte keine spezielle Ruhestandsregelung braucht. Die Regierungsmitglieder bekamen schon damals mehr Pension, als das Personal je bekommen hatte, und im Vergleich ist es seit 2008 noch mehr geworden. Die Revision der Aargauischen Pensionskasse per 1. Januar 2008 brachte nämlich fürs Personal höhere Beiträge, mehr Beitragsjahre sowie ein höheres Rentenalter, und sie brachte vor allem den Primatswechsel, was das Abschieben des Versicherungsrisikos auf die Versicherten bedeutet. Fürs Personal also: länger arbeiten, mehr bezahlen, weniger bekommen. Diese massive Verschlechterung geschah auf Anstoss, unter Mithilfe und mit dem Segen der Regierung, die für sich selber an ihrer komfortableren Ruhestandslösung nichts änderte*. Und auch jetzt nichts ändern wollte.

Die Ruhestandsregelung für Regierungsräte sei eine Luxuslösung, hatte die SP im Jahr 2006 gesagt. Leider waren die bürgerlichen Grossrätinnen und Grossräte damals noch anderer Meinung. Ihren Meinungsumschwung

* Mehr noch, wie am 27. März 2007 Clara Hiestand schrieb: «Ende Oktober 2006 verabschiedete die Regierung ein «Fact-sheet», in dem sie, wie sie dachte, klar bewies, dass sie mehr Lohn brauche. Bei einem Brutto-Jahreslohn 2006 für ein Regierungsmitglied von 264 864 Franken zuzüglich Spesen klagte das hohe Gremium, es bestehe Handlungsbedarf, sollte man nicht vergleichsweise plötzlich zu tief entlöhnt werden. Durch eine Indiskretion flog das Papier auf, durch die Medien ging ein Aufheulen. Sogar die bürgerlichen Aargauer Medien fanden zumindest den Zeitpunkt dieses Lohngestöhns ziemlich daneben.»



Alex Sprichale

Gesamtregierungsrat: v.l.n.r.: Staatsschreiber Peter Grünenfelder, Regierungsrat Alex Hürzeler, Landstatthalter Urs Hofmann, Landammann Roland Brogli, Regierungsrätin Susanne Hochuli, Regierungsrat Stephan Attiger

begründeten sie jetzt mit dem veränderten Umfeld, meinten aber damit beileibe nicht die schlechteren Bedingungen für das Personal, sondern die «finanzielle Grosswetterlage». Und, man glaubte kaum, richtig zu hören: Als Begründung mussten auch die «immer höheren Steuern, die uns drücken» herhalten. Und dies, nachdem dieses bürgerliche Parlament seit Jahren für hohe Einkommen und Vermögen sowie für Unternehmen die Steuern regelmässig senkt!

An der Regierung ist es jetzt, dem Parlament den Vorschlag für eine neue Regelung vorzulegen. Der SP wäre es nach wie vor am liebsten, wenn das Ruhestandsdekret aufgehoben würde und die künftigen Mitglieder des Regierungsrates bei der Aargauischen Pensionskasse APK versichert würden – zu denselben Rahmenbedingungen, wie sie für das Staatspersonal und die Lehrpersonen gelten. Und sollte es tatsächlich für die Zeit des Vorpensionsalters ein Ruhestandsgehalt brauchen, wie die Regierung immer argumentiert, dann soll dieses ausserhalb der APK-Altersrente für den Notfall – aber wirklich nur für den Notfall und für eine Übergangszeit – geregelt werden.

Marie-Louise Nussbaumer Marty
von Nussbaumen ist Gemeinderätin und Co-Präsidentin der SP-Grossratsfraktion.



KOMMENTAR

Fakten statt Polemik

Wir alle wissen, wie polemisch die Debatte rund um die Sozialhilfe häufig geführt wird. Wäre dafür noch ein Beweis nötig gewesen, die mediale Hetzkampagne der letzten Monate hätte ihn geliefert.

Aus meiner Sicht ist klar: Versachlichen lässt sich diese Diskussion einzig durch mehr Information und Transparenz. Deshalb hat die SP im Bundesparlament verschiedene Vorstösse eingereicht, um die Fakten auf den Tisch zu bringen. Im Ständerat habe ich den Bundesrat mittels Postulat um einen Überblick über die in den Kantonen erbrachten Sozialleistungen und verfügbaren Massnahmen gebeten. In diesem Bericht sollen auch die finanziellen Wechselwirkungen zwischen Sozialhilfekosten einerseits und den in den vergangenen Jahren umgesetzten Sozialversicherungsreformen (ALV, IV, etc.) andererseits beleuchtet werden. Mein Postulat wird vom Bundesrat zur Annahme empfohlen. Er anerkennt den Bedarf nach einer Objektivierung der Debatte und ist bereit, in Zusammenarbeit mit den Kantonen die entsprechenden Informationen zusammenzutragen.

Einen weiteren Bericht erwartet das Parlament zur Frage, inwiefern ein Rahmengesetz für die Sozialhilfe bestehende Probleme beheben und für die nötige Harmonisierung sorgen könnte. In diese Richtung sollte sich die Diskussion bewegen – und dies nicht aufgrund verzerrender Einzelfälle, sondern auf der Basis von Fakten und von transparenten Informationen.

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist SP-Ständerätin

Pascale Bruderer Wyss von Nussbaumen ist SP-Ständerätin

RETRAITE DER GL DER SP KANTON AARGAU

Konkretisierte Visionen

Bevor Elisabeth Burgener und Cédric Wermuth am 21. Juni 2014 das Präsidium der SP Kanton Aargau übernahmen, stellten sie dem Parteitag ihre Ideen und Visionen vor. Diese sind nun in einer Retraite der Geschäftsleitung (GL) diskutiert und konkretisiert worden.

Wir sind erst vor kurzem in die Geschäftsleitung der SP Kanton Aargau gewählt worden. So kam es gelegen, dass sich die GL Anfang November in die ländliche Ruhe von Bad Ramsach zur zweitägigen Retraite zurückzog. Diese bot den Mitgliedern der neu zusammengestellten GL die Gelegenheit, sich als Team besser kennenzulernen, und gab Aufschluss über die Arbeitsweise in der GL.

Aufgabenstellung

Die vollzählige GL – ergänzt durch Urs Hofmann, Yvonne Feri und Max Chopard – war an der Retraite dabei. Unter der professionellen Moderation von Barbara Kunz-Egloff wurden die Formulierung und Priorisierung von kurz-, mittel- und langfristigen Zielen, die Erarbeitung eines Zeitplans für deren operative Umsetzung sowie die Klärung der Rollen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten häufig kontrovers, aber immer sachlich und fair diskutiert. Dabei schälten sich drei Bereiche heraus, die sofort angegangen werden sollen:

Stärkung der Sektionen Bis Ende 2015 soll jede Sektion von einem Geschäftsleitungsmitglied besucht werden. Im persönlichen Gespräch sollen Stärken und Schwächen der Sektion sowie deren Bedürfnisse analysiert und spezifische Massnahmen zur Unterstützung durch die Kantonalpartei erarbeitet werden. Ziel: Für jede Sektion besteht ein Zukunftsprogramm.

Bildung und inhaltliche Kompetenzen Eine Arbeitsgruppe soll bis Sommer 2015 Module kreieren, die den Sektionen für die konkrete Basisarbeit und die inhaltliche Bildung angeboten werden. Ziel: aktive SP-Mitglieder auf allen Politikebenen, die die SP-Werte verinnerlicht haben und diese selbstbewusst vertreten.

Kampagnen und Kommunikation Termine und Kampagnenarbeit sollen optimal geplant, koordiniert und den Bezirksparteien und Sektionen kommuniziert werden. Ziel: Die SP Kanton Aargau hat eine Matrix und Tools zur Kampagnenplanung. Nationale und

kantonale Kampagnen greifen kantonsweit und lösen maximale Mitarbeit aus.

Fazit

In Bad Ramsach hätte den Teilnehmer_innen der Retraite ein Hallenbad zur Verfügung gestanden. Die GL-Mitglieder hatten aber ihre Aufgaben so engagiert vor Augen, dass das Angebot nicht genutzt wurde. Nur so war es möglich, in der kurzen Zeit ein derart klares Ergebnis zu erarbeiten.

Wir zwei Neuen erlebten die GL als gut harmonisierendes Team und freuen uns auf die weitere Zusammenarbeit.

Gabriela Suter
von Aarau
ist SP-Einwohnerin.



Peter Koller
ist SP-Grossrat.



Beide sind Mitglieder
der Geschäftsleitung
der SP Kanton Aargau.

AGENDA

6. und 13. Januar, 17. Februar
und 3. März 2015, jeweils 18 Uhr
**Geschäftsleitungssitzung der
SP Kanton Aargau**
Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

10. Januar 2015, 10–15 Uhr
(Türöffnung 9.30 Uhr)
**Nominationsparteitag
der SP Kanton Aargau**
Gasthof Löwen in Boswil

20. Januar 2015, 19–21 Uhr
**Kandidat_innen-Treffen
Nationalratswahlen**
Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

3. Februar 2015, 19–21 Uhr
**Wahlkoordinator_innen-Treffen
Nationalratswahlen**
Volkshaus Aarau, Bachstrasse 43

10. März 2015, 19 Uhr
Parteirat
Restaurant Rathausgarten, Aarau

17. März 2015, 19.30–21 Uhr
(Türöffnung 19 Uhr)
**Ausserordentlicher Parteitag
der SP Aargau**
Rest. Rathausgarten Aarau

WAHLEN 2015

NOMINATIONSPARTEITAG DER SP KANTON AARGAU AM 10. JANUAR

Wir läuten das neue Jahr ein mit dem Nominationsparteitag für die nationalen Wahlen. An diesem Tag nominieren wir unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Nationalrat und für den Ständerat. Neben diesem Haupttraktandum fassen wir auch die Parolen für die Märzabstimmungen und stellen euch das Budget für das Jahr 2015 vor.

Der Parteitag findet statt am 10. Januar 2015, 10 Uhr (Türöffnung 9.30 Uhr) bis ca. 15 Uhr in Boswil, Gasthof Löwen

Wir freuen uns, für diesen Anlass im Bezirk Muri zu Gast zu sein und danken den Verantwortlichen der Sektion Boswil und der Bezirkspartei bereits jetzt für ihre Unterstützung.

Präsidium und Sekretariat der SP Kanton Aargau

Anmeldung für den Parteitag unter: sekretariat@sp-aargau.ch (Bitte gebt bei der Anmeldung an, ob ihr gerne vegetarisch essen möchtet.)

IMPRESSUM

SP Aargau, Bachstrasse 43
Postfach, 5001 Aarau
Tel. 062 834 94 74, Fax 062 834 94 75
sekretariat(at)sp-aargau.ch
www.sp-aargau.ch

Erscheint 9 Mal pro Jahr
Auflage links.ag 3066
Redaktion: Katharina Kerr
katkerr(at)katkerr.ch

Redaktionsschluss für diese Ausgabe
1. Dezember 2014
Redaktionsschluss nächste Ausgabe
12. Januar 2015

An dieser Nummer haben mitgearbeitet:
Pascale Bruderer, Elisabeth Burgener,
Dieter Egli, Katharina Kerr, Peter Koller,
Marie-Louise Nussbaumer, Brigitte
Ramseier, Gabriela Suter, Cédric
Wermuth.